Aus der Arbeit des Verwaltungsausschusses
Sitzung vom 13.03.2023

1. Durchführung der Bodenschutzkalkung im Stadtwald Renningen Distrikt 4 Stöckhof

Bürgermeister Faißt begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt den Leiter des Forstreviers Renningen, Herrn Hutter.

Herr Hutter führte aus, im 20. Jahrhundert seien die Waldböden als Begleiterscheinung der Industrialisierung durch Einträge von Säuren und Stickstoff nachhaltig geschädigt worden. Dadurch wurden viele Nährstoffe ausgewaschen und es entstand ein für viele Bodenlebewesen zu saures Milieu.

Um diese Folgen abzumildern und die Regeneration der Böden zu unterstützen hätten die Forstverwaltungen der Länder große Kalkungsprogramme aufgelegt. Ziel dieser Programme sei die Wiederannäherung an den natürlichen pH-Wert des jeweiligen Bodens aus der vorindustriellen Zeit und die Regeneration der natürlichen Biodiversität der Standorte. Dies werde durch die Ausbringung von natürlichem Dolomit-Kalk erreicht.

Es handle sich dabei jedoch um keine Düngung. Ziel sei nicht die Steigerung der Produktivität oder eine pauschale Verbesserung der Nährstoffversorgung, sondern der Ausgleich der anthropogen bedingten Versauerung. Das Material und die ausgebrachte Menge sind so ausgewählt, dass eine sehr milde, aber langfristige Wirkung erreicht wird.

Die Kalkungsbedürftigkeit wurde zunächst grob aus vorhandenen Bodendaten durch die Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt ermittelt und aufgrund von Bodenproben präzisiert. In der Feinplanung wird dann der genaue Umfang der Maßnahmen festgelegt, dabei erfolgt auch eine umfangreiche Abstimmung mit den Ämtern für Naturschutz und Wasserschutz über auszusparende Flächen. Auf diese Weise werden in Baden-Württemberg seit 1983 jährlich ca. 15.000 Hektar gekalkt.

Seit 2020 ist die untere Forstbehörde Böblingen einer der Schwerpunktlandkreise des Kalkungsprogramms. Ziel ist die Kalkung aller bedürftigen Flächen in den nächsten Jahren, sofern der jeweilige Waldbesitzer zustimmt. Die Kosten sind dabei zunächst vom Waldbesitzer zu tragen, da dieser langfristig durch die Stabilisierung des Waldökosystems als Produktionsstandort, aber auch durch Erhaltung aller anderen positiven Wirkungen profitiert. Da das Gemeinwohl in hohem Maße betroffen ist, werden die Kosten zu 90 % (vom Netto) über Fördergelder vom Land ersetzt. Bei Zustimmung des Waldbesitzers erfolgt Anfang 2023 die Meldung der Waldflächen als Grundlage für die Detailplanung. Durchgeführt wird die Bodenschutzkalkung dann im Sommer/Herbst 2024.

Herr Hutter informierte, das Landratsamt Böblingen, Amt für Forsten, schlage im Jahr 2024 für den Stadtwald Renningen Distrikt 4 Stöckhof, Abteilung 3 und 5 die Durchführung einer Bodenschutzkalkung vor. Diese Maßnahme sei aus Sicht der Stadt Renningen als Waldbesitzerin für den vorgeschlagenen Bereich im Distrikt Stöckhof zu befürworten.

Der Verwaltungsausschuss fasste bei einer Gegenstimme folgenden **Beschluss**:

Der dargestellten, vom Landratsamt Böblingen, Amt für Forsten, für 2024 vorgeschlagenen Durchführung der Bodenschutzkalkung im Stadtwald Renningen wird zugestimmt.

2. Neufassung der Satzung über die Regelung der Märkte in Renningen (Marktordnung) und Neufassung der Satzung über die Erhebung von Marktgebühren der Stadt Renningen

Die Wochenmarkt-Ordnung der Stadt Renningen stammt aus dem Jahr 2000 und umfasst ausschließlich Regelungen des Wochenmarktes. Die traditionell stattfindenden Spezialmärkte wie der Weihnachtsmarkt und der Kunsthandwerkermarkt sind nicht durch Satzung geregelt.

Hier wurden in der Vergangenheit gesonderte Regelungen aufgestellt, die über all die Jahre praktikabel und ausreichend waren. Durch die anstehende Überarbeitung der Wochenmarkt-Ordnung bietet es sich jedoch an, die Spezialmärkte mit aufzunehmen und eine allgemeine Regelung aller städtischen Märkte in Renningen aufzustellen und in einer Satzung zu vereinen.

Im gleichen Zuge soll die Satzung über die Erhebung von Marktgebühren, die ebenfalls aus dem Jahr 2000 stammt, neu gefasst werden. Auch hier sollen neben den Gebühren für den Wochenmarkt, künftig auch die Gebühren für die Teilnahme am Kunsthandwerkermarkt und Weihnachtsmarkt mit einbezogen werden. Notwendige Änderungen hinsichtlich des § 2b Umsatzsteuergesetz werden in diesem Zuge ebenfalls mit aufgenommen.

Bei der Festsetzung der neuen Gebühren wurden neben der üblichen Kostenaufstellung weitere Faktoren berücksichtigt:

Bei den Gebühren des Wochenmarkts soll die in der Praxis bewährte und von den Marktbesuchern anerkannte Abrechnung einer pauschalen Jahresgebühr beibehalten, jedoch nach 23 Jahren um ca. 10 % angehoben werden. Grundsätzlich ist hier die Haltung, dass die Aufrechterhaltung eines ausgewogenen Wochenmarktes ein wichtiges Versorgungsangebot in unserer Stadt darstellt und von unserer Bevölkerung gerne in Anspruch genommen wird. Deshalb sollte eine Anhebung lediglich im Rahmen der üblichen Kostensteigerung stattfinden. Eine Erhöhung der Tagesgebühr um 100 % von 5,00 € auf 10,00 € wird für angemessen gehalten, zumal einzelne Teilnahmen von Marktbesuchern im Verhältnis zu regelmäßigen Marktteilnehmern erheblich mehr Verwaltungsarbeit und weniger Versorgungssicherheit mit sich bringen.

Auch die Gebühren für Stellplätze des Kunsthandwerkermarktes sind seit vielen Jahren unverändert. Eine Anhebung der Gebühren ist damit gerechtfertigt. Auch hier wird eine Erhöhung der Platzgebühr um 100 % für angemessen gehalten. Im Vergleich zu anderen Kunsthandwerkermärkten ist man auch mit der neu festgesetzten Gebühr noch im unteren Bereich.

Zu den Örtlichkeiten des Kunsthandwerkermarktes führte die Verwaltung aus, dass der Kunsthandwerkermarkt in diesem Jahr auf dem Kirchplatz, rund um das Rathaus und im Gemeindehaus (Gemeindesaal) der Evangelischen Kirche stattfinden wird. Die Kleine Gasse und das Haus am Rankbach sollen als Optionsstandort bestehen bleiben.

Die Gebühren für Stände am Weihnachtsmarkt sind ebenfalls seit Jahren unverändert und sollen nun angepasst werden. Dabei soll vor allem dem Trend zum reinen „Speise- und Getränkestand“, mit dem ein weit höherer Umsatz erwirtschaftet wird als mit einem Warenangebot anderer Stände, entgegengewirkt werden. Umfragen ergeben, dass Betreiber von Warenangeboten oftmals plus-minus Null herauskommen. Daher soll eine Erhöhung der Marktstandgebühren lediglich bei Ständen mit reinem Speise- und Getränke-Angeboten erfolgen. Da ein ausgewogenes Angebot anzustreben ist, sollen mit dieser Regelung Stände mit Warenangeboten stärker unterstützt werden.

Der Verwaltungsausschuss **empfahl** dem Gemeinderat bei einer Stimmenthaltung, die Neufassung der Satzung über die Regelung der Märkte in Renningen (Marktordnung) und die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Marktgebühren der Stadt Renningen wie dargestellt zu beschließen.

Der Gemeinderat wird in seiner Sitzung am 27.03.2023 über die Neufassung der Satzung über die Regelung der Märkte in Renningen (Marktordnung) und die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Marktgebühren der Stadt Renningen beschließen. Die beschlossenen Satzungen werden dann anschließend in den Stadtnachrichten Renningen und auf der Homepage der Stadt Renningen veröffentlicht.

3. Erlass einer Rechtsverordnung zur zeitlichen Erweiterung der Außengastronomie zur Stärkung der örtlichen Gastronomie

Die Verwaltung erinnerte daran, bereits in den beiden vorangegangenen Jahren 2021 und 2022 habe der Gemeinderat der Stadt Renningen eine Rechtsverordnung erlassen, wonach die Außengastronomie verlängerte Außenbewirtschaftungszeiten anbieten konnte. Durch die Corona-Pandemie gebeutelt, hatte das Gastronomiegewerbe die Möglichkeit, durch längere Öffnungszeiten für die Außenbewirtung für Gäste attraktiver zu sein und so Einnahmen zu erzielen. Selbstverständlich war Vorgabe, keine Lärmbelastung für Anwohner zu schaffen.

Insbesondere im vergangenen Jahr (ohne Fußball-EM oder-WM in den Sommermonaten) kam es zu keinen nennenswerten Lärmbelastigungen durch die offiziellen Gastronomiebetriebe.

Da die wirtschaftlichen Spätfolgen der Pandemie immer noch nachwirken, soll durch den Erlass einer Rechtsverordnung zur zeitlichen Erweiterung der Außengastronomie in diesem Sommer einerseits nochmals eine Möglichkeit für Gastronomen geschaffen werden, zusätzliche Einnahmen zu generieren. Zum anderen profitiert auch die Bevölkerung von einem weiterhin bestehenden breiten gastronomischen Angebot, das sich halten kann.

Die Rechtsverordnung soll im nächsten Jahr erneut eingehend geprüft werden und nicht zu einem Automatismus führen, der die reguläre Sperrzeit für Außengastronomie ab 22 Uhr grundsätzlich aushebelt.

Der Verwaltungsausschuss **empfahl** dem Gemeinderat einstimmig, die Rechtsverordnung über die Festsetzung der Sperrzeiten für die Außenbewirtschaftung von Gaststätten wie dargestellt zu beschließen.

Der Gemeinderat wird in seiner Sitzung am 27.03.2023 über die Rechtsverordnung über die Festsetzung der Sperrzeiten für die Außenbewirtschaftung von Gaststätten beschließen. Die beschlossene Rechtsverordnung wird dann anschließend in den Stadtnachrichten Renningen und auf der Homepage der Stadt Renningen veröffentlicht.

4. Verschiedenes/Bekanntgaben

Dieser Tagesordnungspunkt entfiel mangels Beratungsgegenständen.

Bürgermeister Wolfgang Faißt bedankte sich bei den erschienenen Zuhörern für ihr Interesse und schloss den öffentlichen Teil der Sitzung.